

Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland
Rede anlässlich der Entgegennahme der
Dag Hammarskiöld-Ehrenmedaille
Berlin, den 17. November 1991

Ich stehe heute in tiefer Dankbarkeit vor Ihnen um die Dag-Hammarskiöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen entgegenzunehmen. Ein besonderer Dank gilt dem Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhardt Diepgen, meinem alten Freund und Kollegen, Professor Dr. Egon Bahr, und Frau Dr. Helga Timm, der Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, für die freundlichen Worte, die sie heute an mich gerichtet haben.

Ich möchte all denen danken, die mich für diese Ehrung vorgeschlagen und ausgewählt haben. Ich teile diese Ehre mit zahlreichen Menschen, die auf den Erfolg der Anstrengungen der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung entscheidenden Einfluß gehabt haben. Kommissionsmitglieder aus 21 Ländern haben drei Jahre lang gemeinsam einen Bericht ausgearbeitet, der einstimmig angenommen wurde. Und doch - wir hätten keinen Erfolg gehabt, hätten uns nicht Menschen aus aller Welt unterstützt, Menschen die daran glaubten, daß es uns gelingen würde, ein gemeinsames Programm für weltweite Veränderungen aufzustellen.

Eine der Ursachen für die Gründung der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1983 war das Gefühl der Frustration und Unzulänglichkeit, das in der internationalen Gemeinschaft über die Frage herrschte, ob man wirklich imstande sein würde, sich mit lebenswichtige globale Anliegen auseinanderzusetzen.

Noch immer war auf der Weltbühne die Kälte der letzten Phase des Kalten Krieges vorherrschend. Da die Beziehungen zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd den Charakter der Konfrontation hatten, war die Arbeit der Vereinten Nationen in vieler Weise in eine Sackgasse geraten. Gleichzeitig vermehrten sich die globalen Probleme im Bereich Umwelt und Entwicklung. Doch das VN-System schien zu fragmentarisch und zu schwach, um diese Probleme wirkungsvoll in den Griff zu bekommen.

Zum ersten Mal hatte die Menschheit die Möglichkeit, ihre eigene natürliche Umwelt zu zerstören. Eine rasch wachsende Bevölkerung erschöpfte die natürlichen Ressourcen kommender Generationen. Verschmutzung, Entwaldung und Wüstenbildung nahmen zu und schienen außer Kontrolle zu geraten.

Während sich viele Länder - vor allem im Norden - fragten ob es uns gelingen würde, fundamentale Umweltprobleme zu meistern, empfanden viele Entwicklungsländer die Sorge um die

Umwelt als einen Luxus. Die Probleme des Südens schienen ganz anderer Art zu sein. Hier waren Armut und Unterentwicklung die größten Herausforderungen. Viele Leute im Süden meinten, die Umweltschützer des Nordens konzentrierten sich in erster Linie auf die Zukunft der Pandas statt auf die der Menschen, und daß sie die Umweltvorteile des Fahrrads hervorhoben und den Bedarf an Lastwagen verdrängten.

Früh erkannte die Weltkommission die Verknüpfung von Umwelt und Entwicklung. Wir erkannten auch daß kommende Generationen nicht mehr zwischen Umweltverbesserungen und einer beschleunigten Entwicklung werden wählen können.

Als wir im April 1987 unseren Bericht "Unsere Gemeinsame Zukunft" vorlegten, hatten wir das beste zur Verfügung stehende wissenschaftliche Beweismaterial über den Zustand der globalen Umwelt und über die grundlegenden Entwicklungstrends studiert. Wir hatten den Stimmen zahlreicher Regierungen, nichtamtlicher Organisationen und Tausender besorgter Bürger auf der ganzen Welt gehört.

Wir erkannten den Ernst der Lage und wußten, daß dringend etwas für die globale Umwelt getan werden müsse. Wir waren im Begriff, die Tragfähigkeit des Planeten überzubelasten. Wenn gegenwärtige Trends fortsetzen würden, können eine verdoppelte Bevölkerung unserer natürlichen Umwelt irreversible Schäden zufügen. Gleichzeitig aber sahen wir daß wir noch nie zuvor bessere Voraussetzungen hatten erforderlichen Veränderungen vorzunehmen. Wir waren von der Möglichkeit überzeugt, daß eine reichere, sicherere, und vor allem gerechtere Zukunft aufgebaut werden könnte.

Wir definierten tragfähige Entwicklung als einen Änderungsprozeß, bei dem gegenwärtigen Bedürfnissen entsprochen wird, ohne daß die Möglichkeiten kommender Generationen, ihre Bedürfnisse zufriedenzustellen, beschnitten würden. Das erfordert wiederum einen globalen Lernprozeß der ein Mitspracherecht des einzelnen voraussetzt bei Angelegenheiten, die eine Einwirkung auf seine Umwelt haben. Demokratie erfordert eine gerechtere Verteilung des Wohlstands innerhalb der Staaten und auch unter ihnen .

Die Armut ist - so meinen wir - Ursache sowohl als Folge des Umweltaubaus in der Dritten Welt. Eine Welt, in der Armut endemisch ist, wird für eine Umweltkatastrophe prädestiniert sein. Nur wenn die Dritte Welt integrierter Bestandteil der Weltwirtschaft ist, wird die ständig wachsende Zahl der Armen eine reelle Chance haben, aus der Umwelt- und Entwicklungskrise auszubrechen.

Die Kommission für Umwelt und Entwicklung kam zu dem Schluß, daß wirtschaftliches Wachstum notwendig sei. Für viele Leute, die glaubten, das Ziel Null-Wachstum sei eine von der Umwelt her gesehene verantwortbare Wahl, war diese Konklusion eine Überraschung. Die Analyse der Kommission besagt deutlich, daß nur Wachstum zur Beseitigung der Armut beitragen kann, und

daß nur Wachstum es ermöglichen kann, Umweltprobleme zu lösen.

Seit Veröffentlichung unseres Berichts hat die Welt eine neue Revolution erlebt, die als eine der gewaltigen Veränderungen dieses Jahrhunderts in die Geschichte eingehen wird. In bezug auf Evolutionen und Ereignisse, die die Welt verändert haben, läßt sich der Zusammenbruch des Kommunismus nur mit dem Zweiten Weltkrieg, der Einführung der Nuklearwaffen und dem Prozeß der Dekolonialisierung vergleichen.

Jetzt, wo der Ost-West-Konflikt beendet ist; jetzt, wo Deutschland geeint ist; jetzt, wo die Menschen frei ihre Meinung äußern dürfen, haben wir allen Grund zu hoffen, daß die europäischen Probleme in einem echten Europäischen Rahmen angegangen werden.

Ende der 80er Jahre hatte das Konzept der tragfähigen Entwicklung auf der internationalen Agenda seinen festen Platz gefunden. Zu Beginn der 90er Jahre befinden sich Mittel- und Osteuropa in den Startblöcken einer Periode wirtschaftlichen Umwälzung. Wir hoffen, daß allein in Europa bald 700 Millionen Menschen in den Genuß der Demokratie und des gemeinsamen Marktes kommen werden. Wir hoffen, daß diese 700 Millionen Menschen bald Teil einer geeinten Umweltgemeinschaft sein werden, in der gleiche Standards gelten, und wo man mit Hilfe modernster Technologie für alle die Luft reinigen und die Gesundheit aller verbessern kann.

Zu diesem Zweck brauchen wir dringend wirtschaftliche und demokratische Rettungsleinen zwischen den ehemaligen kommunistischen Ländern und dem Westen. Selbst wenn die sich im Übergang befindenden Staaten den Löwenanteil der Lösungen selbst zustande bringen müssen, müssen wir auf eine stärkere Beteiligung unsererseits vorbereitet sein - auch wenn wir Gefahr laufen, daß einige unserer Anstrengungen scheitern.

Wir - mit Deutschland an der absoluten Spitze - leisten bereits beträchtliche Unterstützung an die Staaten im Übergang, müssen aber auf eine Intensivierung unserer Anstrengungen vorbereitet sein. Das wiederum verlangt koordiniertes Handeln und weiterhin bilaterale Kooperation. Wir in Europa wissen, daß Bergungsoperationen Zeit kosten. Wir in Westeuropa hatten nach dem Zweiten Weltkrieg doch immerhin so etwas wie eine Aufbaugrundlage, die viele unserer Nachbarn in Mittel- und Osteuropa heute nicht haben.

Wir können nicht darauf warten, daß diese Staaten ihr eigenes Haus in Ordnung bringen, und wir müssen uns intensiv bemühen, ihnen einen neuen Optimismus zu geben. Das wäre ein wesentlicher Beitrag auch zu unserer gemeinsamen Sicherheit.

Um die globale Veränderung besser angehen zu können, müssen die 90er Jahre zu einem entscheidenden Jahrzehnt werden. Das nächste Jahrhundert sollte mit tragfähigeren globalen Politiken für Umwelt und Entwicklung beginnen.

Angelegenheiten des Friedens müssen wir vorbeugend angehen.

Echte Konfliktvorbeugung bedeutet, daß wir nachhaltig dafür eintreten, die menschlichen Konflikten und Leiden zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen. Frieden ist zwar eine notwendige Voraussetzung für eine Weltordnung, jedoch nicht die einzige.

Auf eine Weltordnung muß sich auch auf Fragen wie wirtschaftliches Wachstum, Entwicklung und Armut beziehen. Mehr als eine Milliarde Menschen - das ist ein Fünftel der Menschheit - leben in extremer Armut. Es ist moralisch verwerflich, daß Hunderte Millionen von Menschen von weniger als einem "dollar-a-day" leben, und daß jeden Tag 40 000 Kinder aufgrund falscher Ernährung und Krankheit sterben.

Wir müssen diesen circulus vitiosus durchbrechen. Wir müssen die Ketten der Armut zerreißen, die heute Ursache einer Völkerwanderung großen Ausmaßes und einer stetig steigenden Zahl von Flüchtlingen sind.

Gelingt es uns nicht, die Armut in den Griff zu bekommen, werden unsere Probleme zunehmen. Durch die Bevölkerungsexplosion wird die Zahl der Erdenbewohner wahrscheinlich verdoppelt oder verdreifacht, wobei 90 Prozent dieses Anstiegs auf die Entwicklungsländer entfallen werden.

Schuldenerlaß ist erforderlich. Wie können Entwicklungsländer für eine so rasch wachsende Bevölkerung in Gesundheit, Erziehung und elementäre öffentliche Einrichtungen investieren, wenn sie zur Zeit unter erdrückenden Schuldenbürden ersticken, und wenn das Geld von den armen Ländern in die reichen fließt?

In den Entwicklungsländern muß unbedingt für ein wirtschaftliches Wachstum gesorgt werden. Es muß sich dabei um eine neue Art von Wachstum handeln, das heißt um ein den Anforderungen an eine tragfähige Entwicklung angepaßtes.

Jede Nation muss ihre eigenen Prioritäten richtig setzen. Dank der Beendigung des Kalten Krieges sollte es jetzt möglich sein, Ressourcen von militärischen Zwecken auf Prioritäten der tragfähigen Entwicklung zu verlegen. Dies gilt auch in der dritten Welt

Ebenso wichtig ist es, daß sich unsere Anstrengungen zur Schaffung einer besseren Weltordnung auch auf die Probleme der globalen Umwelt konzentrieren. Globale Erwärmung, Abbau der stratosphärischen Ozonschicht, schneller Bevölkerungszuwachs, massiver Artenverlust und massive Einbuße der biologischen Artenvielfalt, beschleunigte Wüstenbildung, Entwaldung und Bodenerosion - dies alles sind Bedrohungen, die zum Zusammenbruch lebenswichtiger Unterstützungssysteme für das Leben auf der Erde führen können.

Wir sind darauf angewiesen, daß die Entwicklungsländer mit uns und nicht gegen uns handeln. Zwischen dem Norden und dem Süden ist ein neuer Kooperationsgeist unerläßlich, wollen wir Abkommen darüber erzielen, wie wir lebenswichtigen globalen Herausforderungen begegnen sollten. Bis zur VN-Konferenz über

Umwelt und Entwicklung, die im Juni nächsten Jahres in Brasilien stattfinden wird, haben wir nur noch sieben Monate, um über Abkommen dieser Art, einschließlich neuer Konventionen über Klimaveränderungen und Artenvielfalt zu verhandeln.

Additionalität, Gleichheit und Effizienz müssen die Prinzipien sein, die unserer Arbeit zugrunde liegen.

Stellen wir den Entwicklungsländern keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung und bieten wir ihnen keine zusätzliche technologische Zusammenarbeit an, damit sie ihre fundamentalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme lösen können, ist die Chance, daß sie ihre Interessen durch globale Abkommen wahrgenommen sehen, desto geringer.

Gleichheit fordern bedeutet das wir ungleiche Fälle ungleich behandeln müssen. Noch immer sind industrialisierte Länder die größten Verschmutzer. Wir können nicht verlangen, daß die armen Länder eine Begrenzung ihrer Möglichkeiten für weiteres Wachstum akzeptieren, während die industrialisierten fortfahren, die Atmosphäre der Welt, ihren Boden und ihre Gewässer mit Abfallprodukten menschlicher Aktivitäten zu füllen. Die industrialisierten Länder müssen deshalb bezüglich der Reduktion des globalen Emissionsniveaus die Hauptbürde auf sich nehmen.

Effizienz heißt, daß wir für Umweltprobleme kostenwirksame Lösungen finden müssen. Wenn uns das nicht gelingt, kann der ganze Prozeß stagnieren. Unser Ziel müssen maximale Umweltvorteile zu minimalen Kosten sein. Es wäre für uns alle von Vorteil, könnten wir die Emissionen dort reduzieren, wo uns die Reduktionen am wenigsten kosten. Das muß primäre Zielsetzung einer neuen Generation von Umweltabkommen sein.

Zwischen einer tragfähigen Entwicklung und Menschenrechten besteht ein deutlicher Zusammenhang. Informationsfreiheit, freie Meinungsäußerung und die Freiheit, sich zu organisieren - das sind die Voraussetzungen zur Erzielung der breiten Partnerschaft, die wir jetzt brauchen. Während Wirtschaftspolitik wichtig ist, bestätigen alle Erfahrungen die Annahme, daß soziale Entwicklung von Demokratie und Pluralismus abhängt. Selbst die beste Wirtschaftspolitik reicht allein nicht aus, wenn dem menschlichen Potential einer gesunden und ausgebildeten Bevölkerung nicht freier Lauf gelassen werden kann und die Menschen nicht ohne Furcht am politischen Leben teilnehmen können.

Menschen, die ihrer demokratischen Rechte beraubt worden sind, wissen vermutlich viel mehr über deren Wichtigkeit und Bedeutung als diejenigen, die manchmal allzu sehr daran gewöhnt scheinen, eine Demokratie zu haben.

Die in den ehemaligen totalitären Staaten aufgedeckte ökologische Krise zeigt zu deutlich, was passieren kann, wenn sich Regierungen der öffentlichen Kritik entziehen. Die Menschen müssen ein Recht darauf haben, über Aktivitäten informiert zu werden, die sich auf ihre Umwelt oder Gesundheit auswirken.

Sie müssen das Recht haben, an der demokratischen Beschlußfassung teilzunehmen und ihre Meinung zu sagen, wenn man in ihre Interessen eingreift. Partnerschaft, Beteiligung und Druck seitens des einzelnen sind die Voraussetzungen für Veränderung und tragfähige Entwicklung.

Deshalb ist es so lebenswichtig, daß die Menschen ihre demokratischen Freiheiten nutzen. Wir sollten nicht passiv dasitzen und anderen die Entscheidung überlassen. Eine aktive und informierte Bevölkerung ist die beste Verteidigung gegen den Abbau der Umwelt. Deswegen sage ich: Schützen Sie unsere gemeinsamen Interessen; seien Sie nicht sicher, daß andere es für Sie tun werden.

In Angelegenheiten, die unsere gemeinsame Zukunft betreffen, müssen wir uns alle in die gleiche Richtung bewegen. Wir müssen die internationale Befugnis stärken, um eine effizientere

Einhaltung der internationalen Umweltgesetze und -vorschriften sowie eine effizientere Überwachung zu garantieren. Wir müssen globale Politiken definieren, bei denen Umweltrücksichten besser in die im Entstehen begriffene globale Wirtschaft integriert sind. Das heißt, wir müssen einen internationalen Sektor - basiert auf existierenden Einrichtungen - entwickeln, der energischer handeln kann.

Wir brauchen eine stärkere UNO. Als überzeugte Unterstützer der UNO haben wir die unbedingte Pflicht, den Bedarf an einer Fortführung der VN-Reform zu unterstreichen. Wir brauchen eine dynamischere, noch stärker zielgerichtete und sicher finanzierte UNO, die die Prioritäten auf der Grundlage gegenwärtiger und zukünftiger Bedürfnisse setzt.

In einigen Regionen - besonders in Europa - gibt es eine neue Bereitschaft, andere und stärker internationale Befugnisse zu schaffen, um die politische Kontrolle über die Verwaltung einer mehr als bisher wechselseitig abhängigen Realität zurückzugewinnen. Nationen lernen, daß wenn sie Teile ihrer formalen Souveränität abtreten, dann gewinnen sie um mehr Souveränität über nationale und grenzüberschreitende Prozesse.

Indem wir miteinander und nicht gegeneinander arbeiten, können wir eine Vision haben von einer besser verwalteten Welt, einer besseren Steuerung und von einer globalen Einhaltung der fundamentalen demokratischen Prinzipien, von einem globalen Festhalten an Marktwirtschaften mit einer starken sozialen Dimension und einem menschlichen Antlitz sowie einem Festhalten an der Überzeugung, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung tragfähig sein muß.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.